



Beschlüsse

**des Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
in Sindelfingen**

24. November 2018

Initiativanträge

ANTRAG 1:

Gemeinsam stark für unsere Kommunen!

Unsere sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg sind die Gesichter der SPD vor Ort und nah dran an den Sorgen und Alltagsproblemen der Bürgerinnen und Bürger. Gleichwohl arbeiten wir auf allen politischen Ebenen gemeinsam daran, das Zusammenleben von Menschen vor Ort zu gestalten und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Die SPD will Herausforderungen im partnerschaftlichen Dialog mit den Kommunen lösen. Das haben wir in Regierungsverantwortung im Land vorgelebt und stellen diese grundsätzliche Haltung in der Bundesregierung tagtäglich unter Beweis. Gemeinsam stark für unsere Kommunen, bedeutet für uns, Politik als Gemeinschaftsprojekt der Vielen zu begreifen – Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Für die anstehende Kommunalwahl 2019 stehen landesweit beitragsfreie KiTas, bezahlbare Wohnungen, Mobilität, die sich jede*r leisten kann und moderne Schulen ganz oben auf unserer Agenda. Für diese Ziele ziehen wir alle an einem Strang!

1. Mehr Qualität und gebührenfreie KiTas – für uns kein „Kindi“-Spiel!

Die SPD hat in der Bundesregierung das Gute-KiTa-Gesetz auf den Weg gebracht. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz unterstützt der Bund die Bundesländer in nie da gewesem Umfang dabei mehr Qualität und weniger Gebühren in der frühkindlichen Betreuung umzusetzen.

Bislang herrscht in den baden-württembergischen Kommunen beim Thema Gebührenfreiheit ein unübersichtlicher Flickenteppich mit unterschiedlichsten Regelungen – mit durchaus positiven Ansätzen. Und einzelne Städte und Kommunen sind schon von sich aus in die Gebührenfreiheit eingestiegen. Aber es darf nicht dazu kommen, dass sich nur reiche Gemeinden die Gebührenfreiheit leisten können. Für uns sind die Angebote in der Kita Teil des staatlichen Bildungsauftrages. Deswegen ist auch bei der Gebührenfreiheit ganz grundsätzlich das Land in der Pflicht.

Bundesfamilienministerien Franziska Giffey und die SPD Bundestagsfraktion sind mit unserem „Gute Kita-Gesetz“ in die Offensive gegangen. Insgesamt werden bis 2022 Fördermittel für mehr Qualität und weniger Gebührenfreiheit in Höhe von 5,5

Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Unser Ziel ist: Damit jedes Kind es packt. Wir fordern als SPD Baden-Württemberg die Landesregierung auf, nun die Mittel des Bundes für das Land auch für den Einstieg in die Gebührenfreiheit zu nutzen. Wir erwarten auch, dass das Land sich nicht auf den Bundesmitteln ausruht sondern zusätzlich in einem ersten Schritt den Kommunen jährlich mindestens 120 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung stellt. Damit hätten die Kommunen den Spielraum, mehr als ein Kindergartenjahr beitragsfrei stellen zu können. Steuereinnahmen gibt es dafür mehr als genug. Die grün-schwarze Koalition muss dafür nur ihre ideologische Blockadehaltung gegenüber der Gebührenfreiheit aufgeben. Das fördert sowohl Kommunen bei ihren Bemühungen und fördert Familien direkt.

Wir wollen, dass alle Kinder in Baden-Württemberg eine gute und kostenfreie Bildung bekommen. Wir wollen die gleichen Chancen für all unsere Kinder und wir wollen Familien in Baden-Württemberg entlasten – Monat für Monat.

Für uns ist das kein „Kindi“spiel! Wir wollen die KiTa-Gebühren in Baden-Württemberg abschaffen – so, wie es in anderen Bundesländern bereits der Fall ist. Die grün-schwarze Landesregierung lehnt all dies ab. Sie macht auch bei den Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz unmissverständlich deutlich: „Die Landesregierung strebt keine Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildungsangebote an“.

Damit wir beim Thema gebührenfreie KiTas ebenso wie bei der Qualität vorankommen, machen wir nun gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Druck auf die Landesregierung. Wir wollen, dass die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz für den Einstieg in die Gebührenfreiheit genutzt werden und mehr Qualität fördern. Dazu braucht es eine einfache Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Land Baden-Württemberg. Mehr nicht. Die wollen wir erreichen.

Gemeinsam mit all denjenigen, die mit uns das Ziel beitragsfreier KiTas verfolgen, nehmen wir seit letzter Woche auf unserer Beteiligungsplattform und im Rahmen verschiedener Aktionen die Landesregierung in die Pflicht. Sollten wir den Einstieg in kostenfreie Bildung, endlich auch im frühkindlichen Bereich, nicht erreichen, scheuen wir uns auch nicht, zu diesem Thema ein Volksbegehren zu initiieren.

2. Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein - Landesregierung muss handeln!

Mit dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz hat die grün-rote-Landesregierung den Kommunen ein Instrument zum Kampf gegen Zweckentfremdung und Wohnungsleerstand verschafft. Mit der im Gesetz vorgesehenen Evaluation wurde – von den eine Zweckentfremdungssatzung erlassenden Großstädten - zurückgemeldet, dass eine Verschärfung des Gesetzes sinnvoll ist und eine

kommunale Wohnraumverwaltung bei Leerstand eine notwendige Erweiterung wäre. Trotz dieser Rückmeldung hat die Landesregierung vor wenigen Tagen der SPD-Landtagsfraktion mitgeteilt, dass sie eine Möglichkeit der kommunalen Wohnraumverwaltung nicht verfolgen wird.

Nicht nur in den Groß- und Universitätsstädten in Baden-Württemberg herrscht Wohnraummangel. Landesweit fehlen 140.000 Wohnungen. In dieser Situation kann eine zu Spekulationszwecken über längere Zeit leerstehende Wohnung einen schweren Eingriff in die Wohnraumversorgung innerhalb der Kommune darstellen. Auch ist es unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten nicht sinnvoll, bereits gebaute Wohneinheiten sehenden Auges im Leerstand zu belassen. Den Kommunen muss darum die Möglichkeit verschafft werden, hier über eine entsprechende Satzungsbefugnis erweiterte Zugriffsrechte geltend machen zu können – wobei die Erfahrung in anderen Ländern bereits zeigt, dass allein das Vorhandensein des Mittels und die Drohung damit zu Erfolgen führen kann.

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich deshalb für eine Verschärfung des Landes-Zweckentfremdungsverbots nach dem Vorbild des hamburgischen Wohnraumschaffungsgesetzes ein. So werden die Kommunen rechtlich in die Lage versetzt, durch Spekulation herbeigeführten Wohnungsleerstand mittels einer zeitlich eng befristeten kommunalen Wohnraumverwaltung zu bekämpfen. Die Kommune setzt dabei eine*n Treuhänder*in „zur Wiederherstellung des Wohnraums für Wohnzwecke“ ein oder übernimmt diese Aufgabe selbst. Aufgabe der kommunalen Wohnraumverwaltung ist es, notwendige Renovierungsarbeiten zu vergeben, die der/dem Eigentümer*in in Rechnung gestellt werden, und die leerstehenden Wohnungen zu vermieten. Erst danach erhält die/der Eigentümer*in die Verfügungsgewalt zurück und ist an die abgeschlossenen Mietverträge gebunden.

In der Bundesregierung setzt sich die SPD seit Jahren erfolgreich für mehr Mittel für die soziale Wohnraumförderung ein. Der für Baden-Württemberg vorgesehene Anteil der 1,5 Milliarden Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung 2019 muss von der Landesregierung vollumfänglich abgerufen und in die Landeswohnraumförderung eingestellt werden. Der Landesanteil darf nicht zurückgefahren werden und auch keine Umschichtung in andere Programme erfolgen. Im Landeswohnraumförderprogramm wollen wir eine Erhöhung der Höchstbindungsdauer von 30 auf 60 Jahre.

3. Mobilität, die sich jede*r leisten kann!

Klimafreundliche Mobilität wird die zentrale soziale Frage der Zukunft werden. Die SPD Baden- Württemberg will Stadt und Land verbinden, statt das Land immer weiter abzuhängen. Wir wollen Mobilitätsangebote schaffen, die umweltschonend und gleichzeitig jedem und jeder zugänglich sind. Eine Voraussetzung hierfür ist der

massive Ausbau des ÖPNV und ein Tarifsysteem, das sich jede und jeder leisten kann. Unser Ziel ist eine kostenfreie Nutzung aller Mobilitätsangebote im Nahverkehr für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Menschen in Weiter- oder Fortbildung. Vor Ort und landesweit setzen wir uns zusätzlich für Sozialtickets, also vergünstigte Angebote für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen, ein.

Um mehr Menschen einen dauerhaften Anreiz auf den Umstieg auf öffentliche Nahverkehrsangebote zu geben, wollen wir eine einheitliche, radikal einfache und günstige Tarifstruktur schaffen wie es uns zum Beispiel das Wiener Modell mit 115 Jahreskarten für einen Preis von 365 Euro ein – 1 Euro pro Tag für die Nutzung aller öffentlichen Nahverkehrsangebote – vormacht!

4. Internet in allen Klassenzimmern – Landesregierung verhindert Fortschritt an unseren Schulen!

Schon lange wird den Kommunen eine Unterstützung bei der Digitalisierung an den Schulen in Aussicht gestellt. Auf die schon 2016 angekündigten „Wanka-Milliarden“ haben die Kommunen vergeblich gewartet. In unseren Schulen fehlt noch viel zu oft die technische Infrastruktur dafür, dass digitale Medien im Unterricht zum Einsatz kommen können. Wir fordern die grün-schwarze Landesregierung eindringlich dazu auf, ihre Blockadehaltung gegen die Grundgesetzänderung bei der Bildungsfinanzierung im Bundesrat aufzugeben. Der Landesanteil der vom Bund bereitgestellten Milliarde pro Jahr muss sofort im nächsten Jahr an die Kommunen weitergegeben und mit Landesmitteln aufgestockt werden. Unser Ziel ist es, bis spätestens 2021 in allen Klassenzimmern im Land einen Internetzugang zu haben.

5. Glasfaser ausbauen

Der Breitbandausbau kommt in den ländlichen Räumen immer noch zu langsam voranbringen. Wir brauchen aber auch dort eine gute Internetversorgung. Vielerorts wird auf die Glasfaserverlegung verzichtet, weil die Fördergrenze von 30 Mbit/s nicht unterschritten wird. Dazu tragen auch die verstärkten Investitionen von privaten Anbietern ins Vectoring bei. Wirklich zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur beginnt aber erst weit jenseits der 30 Mbit/s und wird nur mit öffentlich geförderter Glasfaserverlegung wirklich nachhaltig. Deswegen fordern wir die Aufnahme der Breitbandversorgung in den kommunalen Aufgabenkatalog als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Des Weiteren fordern wir die EU, den Bund und das Land auf, ihre Förderrichtlinien anzupassen und eine Förderung schon bei einer Unterschreitung von 100 Mbit/s (symmetrisch) möglich zu machen.

6. Globale Migration - lokal mitgestalten

Der globale Pakt für Migration ist ein Kooperationsrahmen für die Nationalstaaten um die Zusammenarbeit bei der internationalen Migration zu verbessern. Auch wenn er sich in erster Linie an die unterzeichnenden Nationalstaaten richtet, so beinhaltet er doch viele Dinge, von denen Kommunen betroffen sind. Die Städte und Gemeinden leisten einen ganz wesentlichen Beitrag dazu, die Herausforderungen der internationalen Migration zu meistern und das Zusammenleben zu organisieren.

Während Nationalstaaten bei der Lösung globaler Probleme oft an nationalen Eitelkeiten und Egoismen scheitern, sind Städte und Gemeinden die wahren Orte der Problemlösung. Das gilt zum Beispiel auch für die kommunalen Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel - eine der größten Fluchtursachen unserer Zeit. Viele der Themenfelder, die bei der Aufnahme von neuen MitbürgerInnen eine Rolle spielen, sind im Globalen Pakt für Migration enthalten. Fragen der Anerkennung von Berufsanschlüssen, der Aus- und Weiterbildung, des Umgangs mit Dokumenten und Identitätsnachweisen und der Zugang zu Grundleistungen sind Aufgaben, mit denen auch Kommunen betraut sind. Hier kann der Globale Pakt für Migration und damit verbundene gemeinsame Standards und Abläufe die Arbeit vor Ort erleichtern. Nicht zuletzt ist die vom Pakt angestrebte Planbarkeit von Migration für die Schaffung geeigneten Wohnraums von großer Bedeutung. Die Kommunen haben ein großes Interesse daran, dass sich Nationalstaaten auf den Weg machen, globale Migration auch global zu regeln und sie mit der Bewältigung der Aufgaben nicht allein zu lassen. Der Pakt für Migration ist dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern deswegen die kommunalen Spitzenverbände und unsere Bundesregierung dazu auf, sich für den Pakt und die Erreichung der dort genannten Ziele einzusetzen.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns für einen Fonds ein, der Kommunen unterstützt, die Geflüchtete freiwillig, über nationale Vereinbarungen hinaus, aufnehmen.

ANTRAG 2:

5G bis zu jedem Bauernhof

Bei der Versteigerung der Frequenzen für das 5G-Kommunikationsnetzes darf der ländliche Raum nicht wieder vergessen werden und es muss daher in die Auflagen an die Netzbetreiber bei der Versteigerungen der Frequenzen eine Abdeckung von mehr als 95 % der Fläche Deutschlands zu erreichen aufgenommen werden.

ANTRAG 3:

Votum der LandesvertreterInnenversammlung respektieren – Europaliste in der derzeitigen Form ablehnen

Die SPD Baden-Württemberg fordert die Bundesvorsitzende, den Generalsekretär und den Parteivorstand auf, den vorgelegten Listenentwurf für die Europawahl 2019 zu korrigieren und:

- 1) Die Reihung des Landesverband Baden-Württemberg seiner EuropawahlkandidatInnen zu respektieren. Dabei hat die LandesvertreterInnenversammlung in Tuttlingen Evelyne Gebhardt MdEP mit 86,97% auf der Frauenliste und Peter Simon mit 94,17% auf der Männerliste auf Platz 1 nominiert.

Aus diesen Entscheidungen ergibt sich eine klare Reihung der Kandidierenden für das Europäische Parlament. Allerdings wird weder diese von der LandesvertreterInnenversammlung beschlossenen Reihung, noch dem jeweiligen Ergebnis, vom Parteivorstand in irgendeiner Weise Rechnung getragen. Dadurch werden nicht nur zwei hervorragende und hochangesehene Mitglieder des europäischen Parlamentes auf das Abstellgleis geschoben, sondern auch die Legitimität und die Sinnhaftigkeit von Parteitagsbeschlüssen infrage gestellt.

Wir als SPD Landesverband Baden-Württemberg stehen hinter der Entscheidung der LandesvertreterInnenversammlung vom 22. September 2018 in Tuttlingen und den dort beschlossenen Vorschlägen zur Reihung der KandidatInnen zur Europawahl aus unserem Landesverband. Aus diesem Grund stellen wir uns entschieden gegen den aktuellen Vorschlag des Parteivorstandes zur SPD Europawahlliste.

- 2) Wir fordern die Delegierten der SPD Baden-Württemberg zur BundesvertreterInnenversammlung auf, den Vorschlag des Parteivorstandes abzulehnen.

Den Parteivorstand fordern wir dazu auf unser demokratisches Votum zu respektieren und seine Positionierung, auch hinsichtlich der Bedeutung der verschiedenen Landesverbände und der bisherigen Leistung der

KandidatInnen, noch einmal zu überdenken, sowie deren Platzierung im Listenvorschlag zu ändern.

- 3) Als drittgrößtes Bundesland beanspruchen wir mindestens zwei Plätze unter den ersten 20. Außerdem werben wir bei den Delegierten der anderen Landesverbände um Unterstützung für eine Liste, welche die Interessen der Landesverbände berücksichtigt und gleichzeitig Erneuerung ermöglicht.

Resolution

80 Jahre Reichspogromnacht – Gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Unabhängig von der historischen Verantwortung, die wir als deutsche Nachkriegsgeneration wahrnehmen müssen, verpflichten uns die allgemeinen Menschenrechte dazu, uns aktiv und wirksam gegen jede Form von Diskriminierung gegen Anders-gläubige, ethnische Minderheiten oder Menschen mit anderen Lebensformen und anderer Kultur zu widersetzen.

In keinem Fall dürfen wir länger schweigen, wenn Menschen jüdischen Glaubens verunglimpft oder körperlich und verbal angegriffen werden.

Der derzeit wieder aufkeimende Judenhass ist meist begründet im Unwissen über den geschichtlichen und religiösen Ursprung des Judentums aber auch über Verfolgung und Diskriminierung, denen Juden seit Jahrhunderten ausgesetzt waren.

Millionen von Menschen wurden und werden immer noch Opfer von Religionskriegen, allerdings gingen vom religiösen Judentum bis zum 20. Jahrhundert niemals kriegerische Auseinandersetzungen aus. Im Gegensatz zu den anderen monotheistischen Religionen wurde von Seiten des Judentums nie missioniert. Juden wurden trotzdem über Jahrhunderte von den christlichen Kirchen verfolgt, gedemütigt und verleumdet. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war letztendlich die Vernichtungsmaschinerie Nazi-Deutschlands und der Holocaust.

Bürger jüdischen Glaubens haben in Deutschland selbstverständlich den gleichen Anspruch auf ein sicheres und sozial behütetes Leben wie Angehörige anderer Religionen oder Ethnien. Die widersprüchliche, oft unverständliche Politik Israels

kann und darf nicht als Vorwand zur Diskriminierung hier lebender Juden instrumentalisiert werden.

Schlussfolgerung und Forderung:

Insbesondere diese geschichtlichen Zusammenhänge und das Leid der Juden während der Nazi-Herrschaft muss den Menschen verstärkt vermittelt werden, damit die kruden antijüdischen Vorurteile, wie sie vor allem latent von rechtsnationalen Organisationen, durch rechte Musikgruppen und den sog. sozialen Netzwerken verbreitet werden, zukünftig wirkungslos bleiben.

Um dies zu gewährleisten, muss sich die Landtagsfraktion der SPD für folgende Forderungen einsetzen:

1. In Zusammenarbeit mit dem Antidiskriminierungsbeauftragten des Landes soll eine Öffentlichkeitskampagne mit Plakaten, Filmen, TV-Spots, Kulturveranstaltungen durchgeführt werden.
2. Die Landeszentrale für politische Bildung soll Aufklärungsseminare unter Einbindung geschichtskundiger Personen, über Geschichte und Lebensformen des Judentums, in allen Landkreisen für Lehrpersonal, Polizei, Verwaltungs- und Justizbeamte und sonstige im Öffentlichen Dienst Tätige durchführen
3. An Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen sollte eine Lehrkraft als sog. Antidiskriminierungsbeauftragter benannt werden um Aufklärungsarbeit mit entsprechendem Zeitbudget leisten zu können und als Ansprechpartner im Konfliktfall zu fungieren.
4. Jegliche Form des Juden- oder Ausländerhasses ob in sozialen Medien, bei politischen Veranstaltungen oder öffentlich auf der Straße, muss von den zuständigen Stellen geahndet und bekämpft und nötigenfalls mit allen rechtsstaatlichen Mitteln sanktioniert werden.

Arbeit und Soziales

ANTRAG 1:

Unsere Vision vom Sozialstaat des 21. Jahrhunderts

Recht auf Arbeit– Soziale Sicherheit – der Sozialstaat als Partner.

Für eine solidarische Gesellschaft – der Sozialstaat, der sich kümmert.

Die Sozialdemokratie steht für eine solidarische Gesellschaft, für das Eintreten von Menschen für Menschen, für ein aktives Miteinander. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der man sich umeinander kümmert. In der niemand allein gelassen wird. Solidarität statt Ellenbogen muss wieder das zentrale Prinzip unseres Zusammenlebens werden. Der Sozialstaat ist für uns die Umsetzung von Solidarität und Verantwortung für den einzelnen in staatliches Handeln.

Unser Sozialstaat, die nach Demokratie und Freiheitsrechten größte Errungenschaft der Sozialdemokratie und der Moderne, ist in den letzten Jahrzehnten vielfältig unter Druck geraten. Von denen, die ihn im Zuge neoliberaler Globalisierungsvorstellungen abschaffen wollten. Und von denen, die ihn wollen und brauchen, aber nicht die Unterstützung, nicht die Sicherheit erhalten haben, die sie erwarten. Die Globalisierung und ein finanzmarktgetriebener Kapitalismus erfordern aber einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat.

Der Sozialstaat hat das Ziel, in einer Marktwirtschaft für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu sorgen. Der Markt allein stellt keine Gerechtigkeit her und sichert allein die Lebensrisiken derer, die es sich leisten können.

Gerechtigkeit heißt auch, Chancengleichheit herzustellen und Leistung zu honorieren. Niemand darf allein gelassen werden und alle müssen einen Beitrag leisten können. Der Sozialstaat muss allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde ermöglichen.

Der Sozialstaat muss das Leben leichter machen und Sicherheit geben. Er ist solidarisch organisiert und handelt individuell passgenau. Wir wollen den Sozialstaat grundsätzlich reformieren und den Herausforderungen der Zeit anpassen.

Die Bewertung der Einführung und der Folgen von Hartz IV, dem Arbeitslosengeld II, spaltet die SPD und Teile der Gesellschaft bis heute. Fehler wurden in großen Teilen korrigiert. Doch noch immer zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit und Armut sich

zunehmend verfestigen und der Ausgleich zwischen „fordern und fördern“ oftmals nicht ausreichend stattfindet. Dies hat die SPD viel Vertrauen gekostet. Unser Anliegen ist eine Grundsicherung, die Lebensleistung stärker würdigt und Teilhabe an der Gesellschaft sichert.

Ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert – Was kommt nach Hartz IV?

Solidarität statt Ellenbogen.

Die SPD bleibt die Sozialstaatspartei in Deutschland. Wir sehen den Sozialstaat als zentrales und umfassendes Instrument zur solidarischen Absicherung der großen Lebensrisiken und zur Unterstützung von Beschäftigten im Arbeitsleben. Risiken und Herausforderungen sind ungleich verteilt und können überraschend kommen. Deshalb ist die solidarische Absicherung über den Sozialstaat für uns die beste und gerechteste Form der Absicherung.

Leistung anerkennen.

Wir wollen sicherstellen, dass das, was sich Menschen in einem langen Arbeitsleben hart erarbeitet haben, auch dann geschützt ist, wenn sie über längere Zeit auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind. Eine neu gestaltete Grundsicherung muss daher ein deutlich höheres Schonvermögen vorsehen.

Recht auf Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen.

Arbeit ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Grundlage unseres Sozialstaates. Die meisten Menschen wollen durch eigene Arbeit am Wohlstand teilhaben. Das unterstützen wir. Das gilt auch für Menschen mit Handicaps und Beeinträchtigungen. Und es gilt in einer sich immer stärker verändernden Arbeitswelt. Darauf wollen wir den Sozialstaat ausrichten. Wir wollen Arbeit für alle ermöglichen und ein Recht auf Arbeit schaffen. Wer arbeiten möchte, soll ein seiner Lebenslage und seiner Qualifikation entsprechendes Arbeitsangebot erhalten. Dafür stellen wir die passgenaue Unterstützung zur Verfügung (z.B. Qualifikation, Umzugshilfen, Kinderbetreuung).

Der Sozialstaat als Partner.

Wir wollen einen Sozialstaat, der in unterschiedlichen Lebenslagen unterstützt, dessen Leistungen einfach zugänglich sind. Wir sehen den Sozialstaat als Partner der Beschäftigten, der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Unterstützung auf ihrem Lebensweg und insbesondere bei der Bewältigung besonderer Herausforderungen.

Das Leben leichter machen.

Ansprüche auf sozialstaatliche Leistungen wollen wir ausgehend von den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Unterstützungsbedarfen definieren und organisieren, nicht länger anhand bestimmter Rechtskreise. Starre Zuständigkeitsgrenzen wollen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger überwinden. Sie müssen die ihnen zustehenden Leistungen einfach und ohne bürokratischen Aufwand erhalten. Und sie müssen ihre Möglichkeiten kennen. Dafür wollen wir eine Anlaufstelle für Sozial- und Familienleistungen (Teilhabezentren) und eine Anlaufstelle für die Sozialversicherungen (gemeinsame Servicestellen) schaffen.

Menschen machen den Sozialstaat.

Sozialstaat bedeutet finanzielle Leistungen, vor allem aber die Unterstützung von Menschen durch Menschen. Für uns kommt es darauf an, dass diese Unterstützung mit großer Qualität, Offenheit und Empathie erbracht wird. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir schaffen.

Sicherheit und Unterstützung im Arbeitsleben – gemeinsame Servicestellen

Sicherheit im Wandel.

Wir werden die Veränderungen in der Arbeitswelt durch neue Technologien nicht aufhalten oder zurückdrängen können. Die politische Aufgabe besteht darin, sie im Sinne der Beschäftigten zu gestalten – gemeinsam mit den Sozialpartnern.

Auch durch die Digitalisierung wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich aber stark und immer schneller verändern. Dabei müssen und wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Die zunehmende Ausdifferenzierung von Erwerbsformen verlangt eine solche soziale Absicherung nicht nur für klassische Formen der abhängigen Beschäftigung. Wir wollen soziale Sicherung auch für Selbständige und kurzfristig Beschäftigte sicherstellen.

Sozialstaat als Partner.

Neben der Absicherung der großen Lebensrisiken wird die Unterstützung und Begleitung der Beschäftigten im Arbeitsleben entlang der Anforderungen unterschiedlicher Lebensphasen immer wichtiger. Dies gilt insbesondere für die Aspekte Qualifizierung, Work-Live-Balance und Gesundheit. Den Sozialversicherungen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Wir wollen eine umfassende Beratung, Begleitung und Unterstützung der Beschäftigten durch die unterschiedlichen Träger der Sozialversicherung während des Arbeitslebens sicherstellen.

Das Leben leichter machen.

Zugänge zu Leistungen der Sozialversicherungen wollen wir erleichtern und Leistungen der unterschiedlichen Zweige der Sozialversicherung besser aufeinander abstimmen. Hierzu muss es gemeinsame Anlauf- und Servicestellen von Renten-, Arbeits-, Unfall- und Krankenversicherung geben, die Leistungen wie aus einer Hand erbringen. Dabei wollen wir auch aktiv auf Unternehmen und Beschäftigte zugehen.

Lernen muss sich lohnen.

Mit einer solchen Politik wollen wir Arbeitslosigkeit möglichst präventiv verhindern. Tritt sie dennoch ein, sollen möglichst schnell Qualifizierungsangebote gemacht werden. Zeiten der Qualifizierung sollen durch ein spezielles Qualifizierungsarbeitslosengeld (Arbeitslosengeld-Q) unschädlich für den Bezug des Arbeitslosengeldes sein. Transfergesellschaften sind für uns ein wichtiges Instrument zur Bewältigung des Strukturwandels (z.B. in Braunkohleregionen).

Chancengleichheit herstellen.

Um Risiken im Erwerbsverlauf abzufedern, Veränderungen und Weiterbildung zu ermöglichen, wollen wir ein individuelles Chancenkonto für jede Bürgerin und jeden Bürger einführen. Nicht nur reiche Erben sollen mit einem Gefühl der Sicherheit und Flexibilität ins Erwerbsleben starten und Mut für Veränderungen haben können.

Umfassende soziale Beratung und Unterstützung vor Ort - Teilhabezentren

Armut nachhaltig bekämpfen.

Armut und Perspektivlosigkeit wollen wir überwinden. Beides darf in unserer reichen Gesellschaft keinen Platz haben. Wir wollen deshalb Teilhabe durch Arbeit auch dann ermöglichen, wenn es schwierig ist und viele Hindernisse zu überwinden sind. Niemand darf wegen zu hoher Mieten oder seiner Kinder arm werden. Kinder die unter schwierigeren Bedingungen aufwachsen wollen wir gleiche Chancen im Leben eröffnen. Hierzu bedarf es angemessener Leistungen einer Kindergrundsicherung und eine gute und umfassende Unterstützungsinfrastruktur vor Ort. Das gilt auch für ältere und kranke Menschen. Unterschiedliche Leistungen und Angebote müssen gemeinsam, vernetzt vor Ort und leicht zugänglich erbracht werden. Dies muss der Bund gemeinsam mit den Kommunen sicherstellen.

Hilfen wie aus einer Hand.

Die Jobcenter wollen wir zu umfassenden sozialen Beratungs- und Unterstützungsstellen vor Ort (Teilhabezentren) weiterentwickeln. Unterstützungsleistungen aus unterschiedlichen Bereichen sollen dort gebündelt werden. Alle Leistungsberechtigten müssen die Unterstützung bekommen, die notwendig ist, um Teilhabe durch Arbeit und Teilhabe für Kinder sicherzustellen,

unabhängig davon, welchem Rechtskreis eine Leistung zugeordnet ist oder welche Ebene (Bund, Länder, Kommunen) die Finanzierungsverantwortung trägt. Dies umfasst somit auch familienpolitische Leistungen.

Ganzheitliche Unterstützung.

Wir wollen einen Kulturwandel schaffen: Menschen, die arbeitslos sind und Hilfe benötigen, müssen eine individuelle und ganzheitliche Unterstützung erhalten. Teilhabestrategien müssen gemeinsam mit den Betroffenen auf Augenhöhe erarbeitet und umgesetzt werden. Menschen, die Unterstützung benötigen, müssen auf die Teilhabezentren als verlässlichen Partner zählen können. Wir wollen die rechtlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Teilhabezentren in der Lage sind, eine individuelle und umfassende Unterstützung leisten zu können.

Perspektive statt Sanktion.

Zu einem solchen Kulturwandel gehört auch ein deutlich verändertes Sanktionsrecht: Vereinbarungen auf Augenhöhe bestehen immer aus Rechten und Pflichten für beide Seiten. Wir halten die Kürzungen durch Sanktionen auf das absolute Existenzminimum für intolerabel und werden uns dafür einsetzen, positive Anreizsysteme zu entwickeln.

Altersdiskriminierung überwinden.

Eine Altersdiskriminierung, wie sie aktuell durch ausgeweitete Sanktionsmöglichkeiten für unter 25-Jährige besteht, lehnen wir grundsätzlich ab. Gerade Kinder leiden unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern und sind besonders stark betroffen, wenn Sanktionen erlassen werden. Deshalb fordern wir eine deutliche Ausweitung des Existenzminimums für Kinder. Wenn Sanktionen bei Eltern drohen, muss durch das Jobcenter und die Sozialbehörden die Situation der Kinder genau betrachtet werden. Gegebenenfalls müssen diese zusätzlich gefördert und unterstützt, sowie zusätzliche Beratungsgespräche mit den Eltern geführt werden. Wenn eine Gefährdung des Kindeswohles nicht ausgeschlossen werden kann, müssen Sanktionen ausgesetzt werden.

Arbeit ist für alle da.

Wir wollen möglichst vielen Menschen Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt ermöglichen – auch bei Handicaps oder schweren Vermittlungshemmnissen. Hierzu müssen unterschiedliche Förderinstrumente gebündelt werden. Wege der Integration können je nach Ausgangslage und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen kürzer oder länger sein. Für Menschen, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf

dem ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir sinnvolle öffentlich finanzierte Tätigkeiten im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes – falls nötig auch dauerhaft - anbieten.

ANTRAG 2:

Verbesserung der Situation von Langzeitarbeitslosen

Um diesen Problemen zu begegnen und die Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht nur effektiver zu machen, sondern auch den Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit das Gefühl zu geben, dass die Gesellschaft sie nicht aufgegeben hat, fordern wir folgende Maßnahmen:

- Erhöhung des Regelsatzes durch Erweiterung der Bemessungsgrundlage in Form eines reinen Statistikmodells ohne Einschnitte in bestimmte Konsumbereiche
- Größeres Budget für Qualifizierungsmaßnahmen und Verwaltungsausgaben zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels für die Jobcenter
- Anhebung der Zuverdienstgrenze
- Die Anrechnung des Einkommens auf den ALG II-Satz muss so geschehen, dass arbeitenden Personen, die ALG II beziehen, durch ihre Arbeit nicht nur unwesentlich mehr als der volle ALG II-Satz übrig bleibt
- Sozialer Arbeitsmarkt mit Case-ManagerInnen, die sich intensiv um die betroffenen Langzeitarbeitslosen kümmern können, die Schwierigkeiten haben, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden
- Stärkung von multiprofessionellen Teams (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, etc.) bei Wiedereingliederungsmaßnahmen/Qualifizierungsmaßnahmen
- Evaluation der bestehenden Maßnahmen zur Wiedereingliederung auf deren Erfolgsquote
- Konzept zur Stärkung von Integrationsfirmen/Integrationsableitungen mit gesetzlichen Anspruch auf Nachteilsausgleich

- Ferner sollte geprüft werden, ob durch einen steuerfinanzierten Zuschuss zum Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung bis zu einer Einkommenshöhe von 24.000 € stufenweise entlastet werden kann.
-

ANTRAG 11:

Abschaffung der Sanktionen nach § 31 SGB II

Die SPD Baden-Württemberg fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, durch eine Steigerung der Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende einen spürbaren Personalaufbau in den Jobcentern zu ermöglichen. Erst durch bessere Betreuungsrelationen wird es möglich, die Qualifizierung von Arbeitsuchenden zu verbessern und eine motivierende Förderung von Langzeitarbeitslosen zu intensivieren und gleichzeitig die Qualität der Leistungsbescheide zu erhöhen.

ANTRAG 15:

Tariftreue und Mindestlohn ab 1 Euro Auftragswert!

Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion zur Verbesserung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes in Baden-Württemberg

Durch großen Einsatz des damaligen SPD Finanz- und Wirtschaftsministers Dr. Nils Schmid und der SPD konnte das Tariftreue- und Mindestlohngesetz in Baden-Württemberg durchgesetzt werden. Dieses Gesetz hat sich sehr bewährt. Es hat zu einer nachweisbaren Kaufkraftsteigerung bei den Betroffenen geführt. Ferner wird dadurch eine Wertschätzung von Arbeit gezeigt. Einige Punkte konnten damals nicht durchgesetzt werden. Jetzt ist es an der Zeit für eine Initiative zu einer Gesetzesnovelle.

Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag auf, eine Gesetzesinitiative einbringen, die folgende Punkte beinhaltet:

1. Die Mindesthöhe von 20.000 Euro Auftragswert sowie 10.000 Euro bei Nachunternehmen wird gestrichen. Es ist sind Löhne mindestens nach dem Tariftreue und Mindestlohngesetz ab dem 1. Euro Auftragswert zu zahlen und nachzuweisen.
 2. Ferner sollte geprüft werden, ob die Verpflichtung zur Ausbildung nicht in die Vergabebedingungen aufgenommen werden kann.
-

ANTRAG 16:

Mütterrente

Die Mütterrente muss für alle Mütter, die vor 1992 ein bzw. zwei Kind(er) geboren haben, auf 3 Rentenpunkte pro Kind angehoben werden. Diese Ausgaben werden über die Steuer finanziert.

ANTRAG 17:

Grundsicherung im Alter / Wohnung

Nicht nur Wohneigentümer, wie im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankert, sondern auch langjährige Mieter sollen grundsätzlich in ihren Wohnungen bleiben dürfen, wenn sie im Alter auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen sind.

ANTRAG 18:

Grundsicherung im Alter / Zuverdienst

Bei der Grundsicherung im Alter sollen höhere Zuverdienstmöglichkeiten als Grundfreibetrag nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

ANTRAG 19:

Schiedsstellen für Streitigkeiten von Sozialhilfeempfängern mit den Sozialämtern

Wir fordern die Einrichtung von Schiedsstellen (vergleichbar mit Ombudspersonen oder Bürgerbeauftragten) für Streitigkeiten von Sozialhilfeempfängern mit den Sozialämtern, damit nicht der Klageweg als einzige Möglichkeit der Korrektur bleibt.

Partei und Organisation

ANTRAG 1:

Strukturdebatten überwinden - gesellschaftliche Fragen lösen

2016 hat sich die SPD in Baden-Württemberg selbst eine Kur verordnet. Unter dem Slogan der Erneuerung nahmen wir uns zahlreiche Veränderungen und Fragestellungen unserer Strukturen und Arbeitsweisen vor. In vielen Projekten und Gesprächsrunden wurde versucht, die Partei zum Positiven zu verändern. Nach diesen beiden Jahren müssen wir selbst erkennen: Viele Baustellen sind noch nicht fertig oder gar nicht erst eingerichtet.

Um die Erneuerung dennoch zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, werden wir einige strukturelle Herausforderungen zeitnah anpacken und große gesellschaftliche Fragen diskutieren.

Strukturen strukturieren. Beteiligungspartei

Ineffiziente Arbeitswege, komplizierte Formalia und unbequeme Zeitstrukturen stehen vielen motivierten Mitgliedern im Weg. Beteiligung bei der SPD Baden-Württemberg ist neben Beruf, Kindern, Schule, Uni oder Ausbildung nur mühevoll möglich, weil wir uns selbst die Arbeit erschweren.

Um die Situation für alle zu vereinfachen und mehr Engagement zu ermöglichen, werden wir einfache Mitgliedervoten für Landes- und Kreisebene entwickeln. Sie können digital gestaltet und dadurch sowohl günstiger, und wirkungsvoller werden. Für viele ist der Eintritt in die SPD ein Zeichen für Demokratie, was unter Umständen schnell enttäuscht wird, sobald klar ist, dass inhaltliche Richtungsentscheidungen nur auf großen Parteitagen getroffen werden, bei denen man als Basismitglied kaum Mitsprachemöglichkeiten hat. Um unser Demokratieverständnis also auch selbst auszuleben und dabei mit der Zeit zu gehen, braucht es ein Umdenken beim Thema Mitgliederentscheide und Mitgliedervoten.

Wir müssen Frauen eine stärkere Stimme geben und ihnen die Beteiligung ermöglichen, egal welchen Beruf sie ausüben oder ob sie Kinder haben. Keine Genossin darf in ihrem Engagement durch verkrustete Strukturen und familienuntaugliche immer gleiche Terminlegungen an der Teilhabe gehindert werden. Dies ermöglichen wir unter anderem durch mehr Flexibilität z.B. durch Online-Partizipationsmöglichkeiten.

Unser SPD Beschluss-Wiki wird angepasst und wir entwickeln ein transparentes Antragssystem. Durch ein System zum Einreichen und Abbilden von Anträgen und Beschlüssen, beschleunigen wir die organisatorische Arbeit und können uns wichtigen politischen Aufgaben zuwenden.

Mentoring- und Förderungsprogramme

Die SPD Baden-Württemberg braucht Nachwuchs, und fitte Quereinsteiger. Beim Engagement in der SPD fehlt es vielen an Know-How um die Parteiarbeit beteiligungsorientiert, erfolgreich und zeiteffizient zu gestalten. Mit Mentoren, die sich freiwillig melden um Neumitgliedern gerade im jungen Alter zur Seite zu stehen schaffen wir ein schnelles Zugehörigkeitsgefühl und lassen kein motiviertes Mitglied im Regen stehen.

Außerdem werden wir ein zukunftsorientiertes Nachwuchsprogramm für erfolgreiche Arbeit in der SPD etablieren. Dabei fördern und coachen wir 30 junge Menschen, insbesondere Frauen aus Stadt und Land für erfolgreiche Parteiarbeit der Zukunft.

Kommunikation

Die SPD ist kommunikativ nicht durchschlagend. Wir kommunizieren im Land und in den Kreisen mit vielen Stimmen, wiederholen unsere Themen häufig und können kaum Botschaften setzen. Das müssen wir ändern. Wir wollen eine moderne Öffentlichkeitsarbeit etablieren, die eigene Themen setzt, statt lediglich als Reaktionär oder Kritiker anderer Parteien aufzutreten. Wir müssen deutlicher formulieren, wohin wir mit diesem Land wollen. Umfassende politische Visionen werden im Rahmen von Baden-Württemberg 2030 entwickelt und in eine langfristig geplante Kommunikationsstrategie eingeplant, um schlagkräftig und wirkungsvoll zu sein. Wir streben innovative Formen der Öffentlichkeitsarbeit an, welche ebenfalls PR-Aktionen in Städten und Gemeinden Baden-Württembergs beinhalten. Ein frühzeitiges Kommunizieren von Themenschwerpunkten ist für alle SPD-Gliederungen dringend vonnöten, um als Partei an einem Strang ziehen zu können.

Wir werden unsere Ehrenamtlichen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit schulen um im Land und vor Ort unsere Agenda zu setzen und die Reichweite stetig zu erhöhen.

Die SPD Baden-Württemberg baut nach dem Vorbild anderer Parteien und Organisationen einen Newsroom auf. Dort werden wir das gesellschaftliche Geschehen abbilden, Kampagnen zentral planen und dadurch kurzfristig handlungsfähig.

Ideenpartei

Eine Partei kann nur dann progressiv sein, wenn sie selbst den Raum für Ideen gibt. Dazu bauen wir thematische Thinktanks innerhalb der Partei mit hauptamtlicher Betreuung und ehrenamtlichem Engagement ohne Vorstands-, Arbeitsgemeinschafts- oder Arbeitskreisstrukturen auf. Durch gezielte Fragestellungen und Einbindung von parteilosen BürgerInnen (sogenannten Schöffen) erarbeiten wir neue Ideen und Lösungen für die brennenden Fragen der Zeit.

Ebenfalls muss uns klar sein, dass die Zeiten von parteiersetzenden Parallelstrukturen (sogenannten Flügeln) im Land vorüber sind. Unsere Partei darf keinen Parallelorganisationen Raum, Daten oder Mittel zur Verfügung stellen. Nicht Personalversorgungsnetzwerke, sondern gemeinsame Debatten und Ideen machen unsere Partei stark.

Der Landesvorstand unserer SPD wird darüber hinaus zum Arbeitsvorstand weiterentwickelt. Um in ganz Baden-Württemberg wahrgenommen und wieder erfolgreich zu werden, müssen alle Landesvorstandsmitglieder Patenschaften für Ortsvereine und Kreisverbände übernehmen. Dadurch zeigen sich die gewählten Vorstandsmitglieder für die regionale Vernetzung verantwortlich.

Der Landesvorstand selbst muss sich eine klare Aufgabenverteilung geben und fachliche Zuständigkeiten regeln. Um das Ehrenamt im Landesvorstand weiterhin zu ermöglichen, werden die Aufgaben und fachlichen Zuständigkeiten in der Landesgeschäftsstelle von Hauptamtlichen unterstützt.

Große Themen statt kleine Lösungen

Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sehen in der SPD nicht die Partei, die sich um ihre alltäglichen Probleme kümmert, geschweige denn eine Partei, die den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin stellen könnte. In der Öffentlichkeit sind wir nur noch durch innere Machtkämpfe und Spiegelstrichdebatten präsent. Hier müssen wir ansetzen.

Unsere Parteitage erhalten einen inhaltlichen Fokus. Antragsberatungen und große inhaltliche Debatten sollen der Kern der Landesparteitage sein. Der kleine Parteitag soll dafür genutzt werden, wofür er geschaffen wurde. Wir wollen, dass mehr Zeit bleibt als lediglich jene, um den Leitantrag des Landesvorstands zu beschließen. Auch Antragsarbeit vor Ort soll sich wieder lohnen. Gleichzeitig sollen Parteitage ansprechend gestaltet werden. Ein spannendes Programm mit multimedialen Pausenfüllern sowie einer vielseitigen Umrahmung, die in Zusammenarbeit mit explizit angesprochenen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmen entstehen kann, ist anzustreben.

Die Regionalzentren machen wir politisch. Sie sollen als Ansprechpartner für politische Arbeit vor Ort auftreten.

Inhalte vorantreiben

Unsere Partei wird nicht durch ausschließliche strukturelle Verbesserungen stärker wahrgenommen.

Klima- und Umweltschutz

Unser Planet steht vor große Herausforderungen: An vielen Orten beuten wir Ressourcen aus, bedrohen unsere Umwelt und verschließen die Augen vor zahlreichen klimatischen Veränderungen. Gleichzeitig ist klar: Wir haben nur eine Erde. Daher müssen wir uns bereits jetzt fragen:

- Wie können wir in Zukunft mobil sein, ohne unsere Umwelt zu schädigen?
- Wie erzeugen wir Energie, ohne ganze Wälder abzuholzen?
- Wie können wir klimatische Veränderungen rückgängig machen und notwendige Anpassungen gestalten?
- Wie ändern wir die Nahrungsmittelerzeugung, um Essen für Alle zu produzieren ohne unsere Erde zu zerstören?

Gesellschaftlich liberal, individuell sozial

Unsere Gesellschaft digitalisiert sich, daraus ergeben sich viele positive Aspekte für die staatlichen Aufgaben. Menschen in Baden-Württemberg wollen ihre Freiheiten nutzen, Chancen ergreifen und vom Staat unterstützt werden. Gleichzeitig ist es immer wichtiger, dass Allen die gleichen Möglichkeiten zur Partizipation erhalten. Daher müssen wir dringend klären:

- Wie wird Baden-Württemberg das Vorbild von moderner Verwaltung, online Bürgerservices und einer digitalen Polizei?
- Wie können wir in Zukunft erreichen, dass der Landtag ein Abbild unserer Gesellschaft ist?
- Was ist unsere Antwort auf Drogenkonsum und wie können wir Alkohol- und Drogenmissbrauch vorbeugen?

Stadt, Land, Leben

Baden-Württemberg ist historisch geprägt von einer starken Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat, egal ob in Städten oder auf dem Land. Die SPD muss dabei für alle Menschen in Baden-Württemberg ein politisches Angebot machen, um die gleichberechtigten Interessen abzubilden. Dafür sind einige Fragen entscheidend:

- Wie können wir sicherstellen, dass die Nahversorgung in Stadt und Land sichergestellt und der Zentralisierung und Bündelung von Versorgungsangeboten entgegengewirkt wird?
- Wie stellen wir sicher, dass eine wohnortnahe ärztliche Versorgung gewährleistet wird?
- Wie schaffen wir es dabei in der Fläche des Landes nachhaltige Mobilität zu ermöglichen und die individuelle Abhängigkeit vom Auto zu verringern?
- Wie erreichen wir das beste Bildungssystem, dass die Entwicklung von SchülerInnen in den Fokus nimmt und Bildungsgerechtigkeit für alle sicherstellt?

Beschäftigungsland BaWü

Baden-Württemberg ist heute wirtschaftlich stark, hat starke Beschäftigte und eine geringe Arbeitslosigkeit im Land. Gleichzeitig gibt es starke Entwicklungen aus dem Land wie weltweit, beispielsweise die Digitalisierung, Herausforderungen für die Automobilindustrie und neue Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Wenn wir weiterhin Beschäftigungsland bleiben wollen, müssen wir wichtige Fragen klären:

- Wie können wir die Verteilung von Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung sicherstellen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen positiv begegnen?
- Welche Qualifikationen benötigen Beschäftigte im Land heute und in den nächsten 10 Jahren und wie können wir diese Qualifikation sicherstellen?
- Wie schaffen wir ein Klima, um Innovationen in Baden-Württemberg zu fordern und gute Ideen zu fördern?

Migration. Erfolgreich machen.

Ein großer Teil der baden-württembergischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Dabei ist aber klar: Das ist kein Problem, sondern bereichert unsere Gesellschaft- wir leben gerade von dieser Diversität und Weltoffenheit! Um allen Menschen in unserem Bundesland ein gutes und erfülltes Leben hier im Südwesten zu ermöglichen, müssen wir weiter an unserer Migrations- und Einwanderungspolitik arbeiten. Deshalb fragen wir uns:

- Wie können wir zum Vorbildland der Einwanderung werden und allen Menschen in Baden-Württemberg die gleichen Chancen ermöglichen?
- Wie sieht für uns eine bedarfs- und zukunftsorientierte Einwanderung in das Beschäftigungsland Baden-Württemberg aus?

Wie können wir mit afrikanischen Ländern und EU-Beitrittskandidaten auf dem europäischen Kontinent kooperieren, um erfolgreiche Entwicklungshilfe und eine Demokratisierung der Staaten sicherzustellen?

ANTRAG 5:

Rolle der Antragskommission – effektive Antragsberatung

Um sowohl im Vorfeld als auch auf unseren Parteitag und Delegiertenkonferenzen selbst ein demokratisches und strukturiertes Verfahren zur Antragsberatung zu gewährleisten, ist es aus den Erfahrungen der letzten Jahre notwendig, die Rolle und Verfassung der Antragskommission ihrer Aufgabe anzupassen. Die Antragskommission, welche durch die Wahl ihrer Mitglieder durch den Parteitag die höchste demokratische Legitimation genießt, hat die Aufgabe, die Anträge für eine effektive Antragsberatung zu strukturieren sowie Konflikte zu identifizieren, Lösungen für Konflikte zu finden oder Transparenz über Konflikte für den Parteitag herzustellen.

Die AK gibt Empfehlungen ab, die in der Traditionslinie der Beschlusslage stehen und durch die Expertise der unterschiedlichen Politikebenen und Politikfelder abgesichert sind. Daher werden an ihren Beratungen auch die Landtagsfraktion, die SGK und die Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten beteiligt.

Um mehr Anträge auf den Parteitagen abschließend behandeln zu können, schließen wir uns wieder dem bundesweit geübten Verfahren an, über das Votum der Antragskommission zuerst abzustimmen.

Bei der Antragsberatung werden wir folgendes Verfahren erproben:

Anträge, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen und deren Empfehlung auf „Annahme“ lautet oder deren Empfehlung zwischen der Antragskommission und der Antragstellerin einvernehmlich erfolgt, werden durch den Parteitag oder die Delegiertenkonferenz im Block abgestimmt.

Liegen eine Vielzahl von Wortmeldungen zu einer Debatte vor, so soll dem Parteitag vorgeschlagen werden, die Debattenzeit insgesamt zu begrenzen und jeweils zwei Redner*innen pro und contra Antragsgegenstand reden zu lassen. Die übrigen Debattenredner*innen werden dann für die verbleibende Debattenzeit per Losverfahren nach Geschlechtern getrennt, bestimmt.

Die Antragskommission arbeitet als Kollektiv, ihr/e Vorsitzende/r wird aus der Mitte der AK gewählt. Die bisher nicht geregelte Funktion der stellvertretenden

Vorsitzenden der Antragskommission wird sowohl für die Anzahl als auch die Aufgaben in der Geschäftsordnung der Antragskommission verankert.